

belastete Räume zu schonen, und er muß andere Standorte ohne Vorbelastung für neue Industrien und Kraftwerke ausweisen. Das heißt nicht, den Dreck gleichmäßig zu verteilen. Sondern man muß die gesundheitsgefährdenden Schwellwerte der Industrie-Emissionen im ganzen Land beachten und versuchen, schädliche Konzentrationen zu verhindern.

Zur Zeit sind zehn Großflächen für Industrieansiedlung im Rheinland und 14 in Westfalen im Gespräch. Für Kraftwerke sind einschließlich der Alternativen 40 Standorte angemeldet.

Die SPD-Fraktion wird darauf achten, daß ein vernünftiges Verhältnis zwischen Kohle- und Kernkraftwerken bei der Standortausweisung garantiert wird. Transportwege sind für die Kohle entscheidend. Bisher gibt es für Kohlekraftwerke leider nur Standorte zweiter Wahl. Das zu ändern, wird harte Entscheidungen zugunsten der heimischen Energie erfordern.

### F.D.P.: Umweltschutz steht im Mittelpunkt

Für die F.D.P.-Fraktion erklärt der Abgeordnete Dr. Fritz Vogt:

Die F.D.P.-Fraktion hat bisher keine Auswahl geeigneter Standortflächen getroffen. Hierzu erwartet sie die Vorschläge der Landesregierung im Entwurf des Landesentwicklungsplans VI. Nachdem der Landesentwicklungsplan III (Wasserschutz- und Erholungsgebiete, Freiraumfunktionen) den zuständigen Landtagsausschuß passiert hat, sind gewisse Einschränkungen gebietlicher Art für großflächige Industrieansiedlungen vorgegeben. Dies trägt in erheblichem Umfang dem Umweltschutzgedanken Rechnung.

Kern- und Kohlekraftwerke sind lebensnotwendige Investitionen. Die Kohlekraftwerke sind geeignet, die Energieprobleme unseres Landes langfristig zu mildern und dem Steinkohlenbergbau über seine Krise hinwegzuhelfen. Die Beratungen über die Standortentscheidungen des Plans VI werden zeigen, wo Ansiedlungen in den stark umweltbelasteten Ballungsgebieten noch möglich sind.

Die F.D.P.-Fraktion hat bereits am 14. Oktober 1975 in ihren Vorberatungen zum Entwurf des Landesentwicklungsplans VI bedauert, daß es im Lande noch kein „Immissionskataster“ gibt, das die Umweltbelastung landesweit ausweist und das ständig fortgeschrieben wird. Ein solches Kataster würde Standortentscheidungen – auch auf der kommunalen Ebene – erheblich erleichtern (vgl. Bericht aus der F.D.P.-Fraktion, Landtag intern Nr. 18/75, S. 13).

Die F.D.P.-Fraktion geht davon aus, daß die interessierte Industrie Informationen über die zusätzliche Belastbarkeit der Umwelt eines Gebietes bei ihren Standortentscheidungen zu berücksichtigen hat. Die Industrie müßte diese Daten aus dem Plan VI, etwa aus einem „Immissionsdeckblatt“, entnehmen können.

Es muß sichergestellt sein, daß mit dem Plan VI die Interessen zwischen Umweltschutz und Ansiedlungsbedürfnis ausgewogen werden. Der Plan VI darf nicht nur Alibi-Funktion erhalten.

## Porträt der Woche



Helmut Schwartz (CDU)

*Sein wichtigstes parlamentarische Amt steht nicht in der Geschäftsordnung des Landtags von Nordrhein-Westfalen: Helmut Schwartz ist Leiter des CDU-Arbeitskreises Innenausschuß. Nach der letzten Landtagswahl übernahm der 38jährige Abgeordnete damit eine Aufgabe, deren Bedeutung für die Praxis des Landesparlaments immer mehr zunimmt. Er muß für die Koordinierung der Arbeiten im wichtigen Innenausschuß mit den Parteigremien sorgen, er hat Entscheidungen und Stellungnahmen zu den Fragen seines Arbeitsgebietes rechtzeitig vorzubereiten.*

*Fünf Jahre Landtagserfahrung hatte Helmut Schwartz vorher gesammelt. Er wurde schon 1970 im Wahlkreis Aachen-Land direkt für die CDU gewählt. Ehe er sich jetzt auf den Innenausschuß konzentrieren mußte, hatte er auch noch im Rechnungsprüfungsausschuß und – sicher nicht zufällig – im Sportausschuß mitgearbeitet.*

*„Zur Politik kam ich, weil ich zu Hause Torwart war“, meint Helmut Schwartz. Zu Hause – das war und ist der Stolberger Sportverein, bei dem er von 1957 bis 1964 in Verbandsligaspielen das Tor hütete und dem er inzwischen als Vorsitzender einen Teil der immer knapper werdenden Freizeit widmet. Die Junge Union warb den populären Torwart an und setzte ihn bald erfolgreich als Kandidaten für Stadtrats- und Kreistagswahlen ein.*

*Die nächste wichtige Chance bekam Schwartz, als er 1969 in das CDU-Landespräsidium kam. Der Mann aus dem Aachener „Revier“ ist Mitglied der CDU-Sozialausschüsse. Im Bemühen um den Ausgleich in der Partei scheut er gelegentlich aber auch vor der Kritik der eigenen Freunde nicht zurück.*

*Den Arbeitsplatz in der Glasindustrie will der gelernte Kaufmann nicht aufgeben: „Man muß doch immer daran denken, daß nach fünf Jahren die nächste Wahl kommt und man dann vielleicht in den Beruf zurückgeht.“ Im Mai 1975 wurde*

*Schwartz als einer der jüngsten Landräte an die Spitze des Landkreises Aachen gewählt – gegen den sonstigen politischen Trend von einer CDU/F.D.P.-Koalition. Gerade das ist so etwas wie eine Herausforderung an das politische Geschick des jungen Landrats – denn „bei uns im Kreis Aachen war noch kein Landrat länger als eine Wahlperiode im Amt“.*

*Für Hobbys außerhalb der Politik bleibt dem Familienvater – vier Kinder zwischen 14 und zwei Jahren – wenig Zeit. Dennoch empfindet er die Verbindung zwischen Landtagsmandat und dem Aachener Landratsamt für die Arbeit in Düsseldorf als besonders fruchtbar: „Über 90 Prozent der Landtagsentscheidungen betreffen die kommunale Ebene, nun kann ich in der Praxis ‚unten‘ kontrollieren, was immer wir vorher ‚oben‘ in Düsseldorf beschlossen haben.“*

*Das gilt gerade für den neuen Landkreis Aachen – im Norden Bergbau und Ballungsgebiete wie an der Ruhr, im Süden den auf Fremdenverkehr und Landwirtschaft angewiesenen früheren Kreis Monschau. Da ergibt es sich von selbst, daß Schwartz auch seinen Platz im Grundsicherheitsausschuß des Landtags hat und Lösungen für den schwierigen wirtschaftlichen Strukturausgleich suchen muß.*

*Den Kollegen im Innenausschuß des Landtags hat Schwartz als Aachener Landrat für eine der bald bevorstehenden Aufgaben wichtige Erfahrungen voraus: Sein Kreis hat die Polizei schon längst dem Aachener Polizeipräsidenten mit unterstellt. Ein Modell, das Innenminister Hirsch im kommenden Polizeigesetz auf ganz Nordrhein-Westfalen übertragen will.*

Peter Weigert